

## **Rede zum LEG-Verkauf** (Plenarsitzung vom 18.06.2008)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Jetzt hat der Abgeordnete Sagel – fraktionslos – das Wort.

**Rüdiger Sagel** (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Wer schürt hier eigentlich die Paniken, und wer macht denn den Mieterinnen und Mietern Angst? – Das ist doch nicht die Opposition in diesem Haus,

*(Christof Rasche [FDP]: Natürlich! Wer denn sonst?)*

sondern es sind Sie, die Sie jetzt die Wohnungen an diese Heuschrecke verkauft haben.

Man muss sich fragen, ob die Verteidiger der Heuschrecke nicht selber Heuschrecken sind. Der Staat als Beute – das ist das, was man im Moment in der Staatskanzlei erleben kann, wenn man sich anschaut, wie Sie die Besetzung Ihrer Stellen dort in alle Ewigkeit verlängern. Das ist die Realität. Das ist Ihre Politik.

*(Christof Rasche [FDP]: Was macht die PDS in Berlin?)*

Wir werden es in Kürze erleben: Heuschrecke frisst Sozialcharta. Das werden wir erleben.

Mit Bilanzfälschungen, wie Sie sie hier angestellt haben, kommen Sie auch nicht weiter. Der Bilanzfälscher Linssen hat schon 2005 einiges getan, damit die LEG in die roten Zahlen gekommen ist. Vorher, 2003 und 2004, wurden nämlich 14 bzw. 7 Millionen € Gewinn gemacht. Das ist die reale Situation.

CDU und FDP setzen die Privatisierungswelle in NRW fort. Mit der LEG geht der Ausverkauf des Landes weiter.

Der Wohnungsmarkt für die unteren Einkommensschichten der Bevölkerung verschlechtert sich weiter. Zuerst wurden die langfristigen Mietregelungen zum Schutz der Mieter aufgehoben, und jetzt kam als Nächstes der LEG-Verkauf. Zulasten der Mieterinnen und Mieter der Wohnungen ist die LEG nun verkauft worden.

Auch die Sozialcharta bietet den Mietern in keiner Weise einen Schutz vor Mietpreiserhöhungen oder einem Verkauf der Wohnung.

Von den rund 93.000 Wohnungen unterliegen immerhin mehr als 70 % Mietpreis- und Belegungsbindungen. Der hohe Preis macht deutlich, dass die sozialen Standards nicht mehr gesichert sind und zudem die optimale wirtschaftliche Verwertung im Vordergrund stehen wird. Das erleben wir derzeit real.

Die bestmögliche Lösung für Mieter und Beschäftigte wäre nicht der Verkauf der LEG, sondern der Erhalt im Landeseigentum. Doch wir erleben jetzt den Ausstieg des Landes aus einer sozialen Wohnungspolitik. Ihre Verweise auf Berlin helfen Ihnen auch nicht weiter. Dort zeigt sich ganz genau, wie die Heuschrecke Whitehall arbeitet. Dazu sage ich Ihnen aus meiner Sicht: Ich springe auch nicht in den Brunnen, wenn schon jemand anderes hineingesprungen ist. Von daher ist das, was Sie hier erzählen, völliger Unsinn.

*(Widerspruch von der CDU)*

In Berlin haben Sie den Landeshaushalt derart in die Miesen gefahren, weil Sie nicht mit Geld umgehen können. Das war Ihre Politik, die Sie dort jahrelang betrieben haben. So sieht Ihre reale Politik aus. Sie haben den Haushalt in die Miesen gefahren und sind für über zwei Drittel der Verschuldung dort zuständig. So sieht die reale Politik aus, die Sie in Berlin gemacht haben.

Die Landesregierung hat verkündet, es gäbe eine Begrenzung bei den Mieterhöhungen. Jetzt sagt sie, es gebe eine im Rahmen der allgemeinen Preissteigerungen von plus 1,5 % in den ersten fünf Jahren, anschließend plus 3 %. Die durchschnittliche Mietpreissteigerung liegt aber bei 1 %. Die Grenzen liegen also weit über den durchschnittlichen Mietsteigerungen. Das werden wir auch in Zukunft so erleben.

Das ist nicht der einzige Punkt: Die Landesregierung hat versprochen, dass der Erwerber in den ersten zehn Jahren jedes Jahr nur 2,5 % aller Wohnungen weiterverkaufen darf. Das wären in zehn Jahren 24.000 Wohnungen. Jetzt heißt es, das gelte nur für Dritterwerber. Damit wären es in Wirklichkeit 24.000 plus x Wohnungen, die verkauft werden können.

Wir können feststellen: Alles, was Sie erzählt haben, geht nach dem Motto: „versprochen – gebrochen“! Das ist die Realität. Häuptling Gespaltene Zunge sitzt zu meiner Rechten. So sieht es aus im Land NRW.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter Sagel, Sie haben gerade in Ihrer Rede gegenüber dem Finanzminister den Begriff des Bilanzfälschers benutzt. Ich weise diesen Begriff zurück und erteile Ihnen einen **Ordnungsruf**.

*(Beifall von der CDU)*

Das Wort hat jetzt Herr Finanzminister Dr. Linssen.